

PRESSEKONFERENZ

Thema:

ÖÄK präsentiert Forderungskatalog an die zukünftige Bundesregierung

Teilnehmer:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres

Präsident der Österreichischen Ärztekammer und der Wiener Ärztekammer

Dr. Herwig Lindner

Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer, Präsident der steirischen Ärztekammer

MR Dr. Johannes Steinhart

Vizepräsident und Kurienobmann niedergelassene Ärzte der Österreichischen Ärztekammer und der Wiener Ärztekammer

Zeit:

Dienstag, 10. September 2019, 09.30 Uhr

Ort:

Österreichische Ärztekammer

Weihburggasse 10-12, 1010 Wien

ÖÄK präsentiert Forderungskatalog an die zukünftige Bundesregierung

Als Appell an die neue Regierung und Zusammenfassung für kommende Koalitionsverhandlungen hat die Österreichische Ärztekammer die vordringlichsten Aufgaben der Gesundheitspolitik in einem Forderungskatalog zusammengefasst.

Unbesetzte Kassenstellen, überlastete Spitäler, eklatante Lücken beim Personal bei einer gleichzeitig steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung. Das sind einige der gesundheitspolitischen Herausforderungen, mit denen sich die zukünftige Regierung befassen muss. „Österreich hat eine ausgezeichnete medizinische Versorgung – und das soll auch so bleiben“, sagt Thomas Szekeres, Präsident der Österreichischen Ärztekammer.

Die medizinischen Fortschritte sind beträchtlich. Neue, innovative und erfolgreiche Behandlungsmethoden, besonders in der Krebsforschung, steigern die Lebensqualität und die Lebenserwartung von Patientinnen und Patienten. „Diese Fortschritte machen es aber auch notwendig, dass bei höheren Lebenserwartungen und besseren Behandlungsmöglichkeiten auch entsprechend mehr Geld ins Gesundheitssystem fließt“, sagt Szekeres. Um das umzusetzen, fordert die ÖÄK daher eine Anhebung des BIP-Anteils für das Gesundheitswesen auf 12 Prozent, inklusive einer Lösung der Pflegeversorgung. „Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass das österreichische Gesundheitssystem mit den Mitteln ausgestattet wird, die es braucht, um auch künftigen Generationen den höchstmöglichen medizinischen Standard ohne Abdriften in die Zwei-Klassen-Medizin zu garantieren“, sagt der ÖÄK-Präsident. Mit den 12 Prozent orientiert sich die ÖÄK an den Nachbarländern Deutschland und der Schweiz. „Wir sprechen hier von Milliardensummen, die unsere Nachbarn uns bei der Finanzierung des Gesundheitssystems voraus sind. Wenn wir hier nicht schritthalten, verliert das österreichische Gesundheitswesen den Anschluss“, warnt Szekeres.

Insgesamt müsse der Arztberuf in Österreich an Attraktivität gewinnen. Angesichts eines drohenden Ärztemangels und des europaweiten Wettbewerbs um Ärztinnen und Ärzte fordert die ÖÄK u.a. eine höhere Durchlässigkeit von öffentlicher Spitals- und kassenärztlichen Tätigkeit, weniger Bürokratie, mehr Delegation an andere Gesundheits-, Sozial- oder Administrationsberufe sowie den Schutz der Ärzteschaft und anderer Gesundheitsberufe vor Gewalt. „Dazu gehören bauliche Maßnahmen, Aufklärung und Schulungen sowie ein stärkerer strafrechtlicher Schutz“, sagt Szekeres.

Schutz der freiberuflichen ärztlichen Leistungen

Ein weiteres Problem, so der ÖÄK-Präsident, sei das zunehmende Interesse privater Investoren an Ärztezentren. Das primäre Ziel dieser Investoren sei Gewinnmaximierung. Um angesichts dieser Entwicklungen die bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten weiterhin zu garantieren, müsse die Politik eingreifen. „Es sind zum Schutz der freiberuflichen ärztlichen Leistungen gesetzliche Einschränkungen in Bezug auf die Übernahme des ambulanten Bereichs durch nationale und internationale Konzerne notwendig“, fordert Szekeres.

Darüber hinaus erhebt die Österreichische Ärztekammer auch sozialpolitische Forderungen: „Die ÖÄK ist sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung, die mit ihrer medizinischen Kompetenz und Vorbildwirkung einhergeht, bewusst“, sagt Szekeres. Aus diesem Grund sehe man es als Auftrag an, im Sinne der Volksgesundheit Vorschläge zu machen, damit Österreich gesünder wird. „Wir werden hier im Namen der Ärzteschaft weiter unsere Stimme erheben, sei es bei der notwendigen Impfpflicht, dem Nichtraucherschutz, den Auswirkungen der Klimakrise oder beim Umgang mit modernen Technologien“, sagt der ÖÄK-Präsident.

Lindner: Mehr freiberufliche Strukturen in Spitalsnähe notwendig

Nach wie vor nehmen viele Medizinabsolventen keine ärztliche Tätigkeit in Österreich mehr auf, die Dropout-Quote ist hoch. Es ist daher notwendig, bereits bei der Ausbildung anzusetzen. „Dazu gehören neben einem Ausbau der Basisausbildungsstellen auch Ausbildungskoordinatoren in allen Spitälern, eine Aufwertung der Ausbilder sowie mehr Simulationsmöglichkeiten“, sagt ÖÄK-Vizepräsident Herwig Lindner. Außerdem müsse die Allgemeinmedizin in Krankenhäusern strukturell verankert werden.

Neben der Ausbildungsqualität müssten die Arbeitsbedingungen in den Spitälern allgemein verbessert werden. „Zwar wurden die Arbeitszeiten verkürzt, aber das Personal nicht entsprechend aufgestockt“, kritisiert Lindner. In vielen Spitälern würde eine ausreichende Personalaufstockung fehlen. „Das Personal im ärztlichen Bereich muss aber dringend aufgestockt werden, damit österreichweit ohne Opt-out ausgekommen werden kann.“

Außerdem müssten die Spitäler endlich entlastet werden – ein erklärtes Ziel der ÖÄK. „In der spitalsärztlichen Versorgung ist die Belastung in den vergangenen Jahren konstant gestiegen“, kritisiert Lindner. Hauptbrennpunkt seien hier die Ambulanzen. Nur eine gezielte Patientensteuerung würde die Spitalsambulanzen entlasten. Denn Spitalsambulanzen sollten nur in Notfällen und nur dann aufgesucht werden, wenn die Versorgung nicht durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte erfolgen kann, so wie es auch im Krankenanstaltengesetz festgehalten ist. „Einfache Erkrankungen wie Husten, Schnupfen oder Grippe haben im Grunde an einer Universitätsklinik nichts verloren. Der erste Weg sollte zu einem niedergelassenen Allgemeinarzt, oder, falls erforderlich, zu einem niedergelassenen Facharzt führen“, sagt Lindner. Eine Entlastung der Spitäler sei aber mit einem Ausbau des niedergelassenen Bereichs gekoppelt. „Und hier wurde leider nicht entsprechend ausgebaut“, so Lindner.

Bestehende vorgelagerte allgemeinmedizinische Strukturen in Spitälern könnten helfen, die Spitäler zu entlasten. Die ÖÄK fordert daher mehr freiberufliche Strukturen in bzw. in der Nähe von Spitälern, mehr allgemeinmedizinische Akutordinationen und Ärztezentren.

Steinhart: 1.300 neue Kassenstellen österreichweit notwendig

„Damit künftig mehr Leistungen im niedergelassenen Bereich angeboten werden können, benötigen wir österreichweit 1.300 neue Kassenstellen für Einzel- und Gruppenpraxen“, sagt ÖÄK-Vizepräsident Johannes Steinhart. Nur so könne eine adäquate Gesundheitsversorgung sichergestellt werden.

Neben einem Ausbau der Kassenstellen sei eine Ausweitung des Leistungsspektrums in der Kassenmedizin notwendig, etwa in der Nuklearmedizin oder der Rheumatologie. „Mehr Kassenärzte, die ein höheres Leistungsspektrum anbieten, sowie eine Honorierung von ambulanten Operationen in der Ordination sind notwendige Maßnahmen, um die Spitäler tatsächlich zu entlasten“, fordert Steinhart. Unabhängig von tatsächlich realisierten Einsparungen oder Mehrkosten zur Schaffung der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) erinnert die ÖÄK an die angekündigte Patientenmilliarde: „Diese muss unbedingt ins Gesundheitssystem fließen.“

Außerdem sei bei der GKK-Fusion darauf zu achten, das Büro der ÖGK schlank zu halten. „Entscheidungen, die eine lokale Expertise erfordern, müssten weiterhin vor Ort getroffen werden, wie etwa über den Stellenplan, über die Vergabe von Kassenstellen sowie über ein dem regionalen Bedarf angepasstes Leistungsspektrum der Kassenärzte“, sagt Steinhart.

Seit Jahren fordert die Österreichische Ärztekammer eine zuverlässige elektronische Patientenakte. E-Health-Anwendungen müssten für Ärztinnen und Ärzte benutzerfreundlich und zeitsparend erfolgen. Derzeit käme es aber bei ELGA immer wieder zu technischen Problemen. „Es kann nicht sein, dass mit sensiblen Patientendaten experimentiert wird. ELGA muss neu konzipiert werden“, fordert Steinhart. Statt Einzelprojekten fordert die ÖÄK daher eine gemeinsame österreichische e-Health-Digitalisierungssteuerung. Die beteiligten IT-Unternehmen (ELGA GmbH, SVC und ITSV) sollten vereinheitlicht werden. „Zudem brauchen Ärztinnen und Ärzte ein garantiertes Mitspracherecht bei EDV-Entscheidungen, von denen sie betroffen sind“, sagt Steinhart.